

Ressort: Gesundheit

Justizministerin will gesetzliche Lösung zu Abtreibungswerbung

Berlin, 04.05.2018, 05:00 Uhr

GDN - Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) pocht auf eine gesetzliche Lösung im Streit mit der Union über das sogenannte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche im Strafrechtsparagrafen 219a. "Wir brauchen eine gesetzliche Lösung, die den betroffenen Frauen hilft und Ärztinnen und Ärzte nicht länger kriminalisiert", sagte Barley dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagausgaben).

"Der jetzige Zustand ist unhaltbar." Die Gespräche darüber mit CDU und CSU seien im Gange. "Wir wollen, dass sich Frauen in Notlagen objektiv informieren können und sich Ärztinnen und Ärzte als Fachleute nicht strafbar machen, wenn sie informieren", so die SPD-Politikerin gegenüber dem RND.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-105587/justizministerin-will-gesetzliche-oesung-zu-abtreibungswerbung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com